

Internationale Freigeistige Rundschau 1/2023

Europa

Deutschland

(5711) **Königswinter.** Bereits 2020 ist der Anteil kirchlicher Bestattungen bundesweit erstmals unter 50 Prozent gesunken. Nach einer Auswertung der Verbraucherinitiative Bestattungskultur wurden damals 489.664 (49,7 %) katholisch oder evangelisch begleitet. Im Jahr 2000 hatte dieser Anteil noch bei 71,5 % gelegen. Auch die Form der Bestattungen hat sich tiefgreifend verändert. Wurden vor 30 Jahren noch weniger als ein Drittel der Verstorbenen eingeäschert, sind es heute 70 Prozent. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.8.22)

Anm. *MIZ*-Red.: Dieser Wandel ist umso bemerkenswerter, als immer noch gut zwei Drittel der Verstorbenen einer der beiden Großkirchen angehörten. Demnach verzichtet also mehr als ein Viertel der verstorbenen Kirchenmitglieder auf eine kirchliche Bestattung. Um die Jahrtausendwende ging man von 20 Prozent bei den Protestanten und 10 bei den Katholischen aus.

(5712) **Köln.** Die Krise im Erzbistum Köln trifft auch die evangelische Kirche: Dem rheinisch-evangelischen Präses zufolge gab es "in und um Köln" doppelt so viele evangelische Austritte wie andernorts. Die evangelische Kirche werde hier oft "in Mithaftung" genommen.

Daher entschieden die Protestanten, in diesem Jahr keine gemeinsame Adventsvesper mit Woelki zu feiern. In typisch kirchendiplomatischer Art sprachen sie jedoch nicht von einer Absage. "Vielmehr haben wir angeboten, ihn in anderer Form stattfinden zu lassen. Dieses Angebot hat im Erzbistum Köln allerdings keinen Widerhall gefunden", so der Präses. (*Rheinische Post*, 17.12.22; *Tagesschau*, 19.12.22)

Inzwischen wurde allerdings bekannt, dass die Kirchengaustritte in Köln im Jahr 2022 gar nicht so stark gestiegen sind, weil sie schon im Vorjahr auffällig hoch lagen. Laut der Statistik des Amtsgerichts Köln stellen die 20.331 Austritte zwar einen neuen Höchststand dar, lagen aber nur um 959 (= 5,0 %) über dem bisherigen Rekordwert von 2021. Im Gesamtgebiet von Nordrhein-Westfalen ist der Trend hingegen viel deutlicher. So haben 2022 laut NRW-Justizministerium 223.509 Menschen ihre Kirchenmitgliedschaft aufgekündigt, was gegenüber den 155.322 in 2021 ein Plus von 43,9 Prozent darstellt. (*Kölner Stadtanzeiger*, 13. u. 27.1.23)

(5713) **Oldenburg/Köln.** Der katholische Theologe und Menschenrechtler Peter Kossen hat bei seiner Kirche eine Unfähigkeit zur Veränderung diagnostiziert. "Sie verwechselt Realitätsverweigerung mit Standhaftigkeit, Rechthaberei mit Treue, Verschlagenheit mit Macht". Es werde keine lineare Weiterentwicklung in eine reformierte katholische Kirche geben. "Diese Kirche ist nicht reformierbar!" Eine Wende sei nur durch Auflösung und Krise möglich. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung der Erzdiözese Bamberg, 18.12.22)

Bei einer *Forsa*-Umfrage zum Vertrauen der deutschen Bevölkerung in diverse Institutionen hat die katholische Kirche einen neuesten Tiefststand erreicht. Etwas besser schnitt die evangelische Kirche ab, der etwas mehr "Modernitätsnähe" bescheinigt wurde. Allerdings erreichte auch sie einen neuen Tiefpunkt im öffentlichen Vertrauen. (*Heinrichsblatt*, Kirchenzeitung des Erzbistums Bamberg, 5.2.23)

(5714) **Trier/Osnabrück/Eichstätt.** Die Aufdeckung von bischöflicher Vertuschung vergangener Straftaten reißt nicht ab. Verantwortliche im Bistum Trier, so berichtete die *UAK* (Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier), hätten über Jahrzehnte hinweg Missbrauch durch Priester vertuscht und die Täter inner- wie außerhalb des Bistums versetzt um sie vor strafrechtlicher Verfolgung zu bewahren. Dasselbe stellte eine Kommission beim Eichstätter Altbischof Brems fest, der einem per Haftbefehl gesuchten Täter sogar direkt bei der Flucht vor der Polizei geholfen und ihm auch später noch das Gehalt bewilligt habe, obwohl er in Deutschland gar nicht mehr tätig sein konnte. Der Osnabrücker Bischof Bode, der angeblich zunächst einen guten Ruf als Aufklärer und Reformator genossen haben soll, sieht sich selbst, eigenen Worten zufolge, nach dem Zwischenbericht seiner Bistumskommission erheblich kompromittiert und bewertet das Vertrauen in seine Person als erschüttert. "Selbst Priester fragen mich: Warum treten Sie nicht zurück?"

Gleichzeitig melden sich immer neue Opfer sexueller Übergriffe von Priestern, sodass die bisher bekannten Zahlen in praktisch allen Diözesen nach oben korrigiert werden müssen. (*Süddeutsche Zeitung*, 26.8., 24.11. u. 27.12.22; *Heinrichsblatt*, 18.12.22; *Augsburger Allgemeine*, 14.1.23)

(5715) **München.** Einer Umfrage der *Deutschen Presse Agentur (dpa)* zufolge traten in Bayern 2022 deutlich mehr Menschen aus der Kirche aus als im bisherigen Rekordjahr 2021. In den fünf größten Städten München, Nürnberg, Augsburg, Ingolstadt und Regensburg verließen im gesamten Jahr 2021 rund 33.000 Katholiken und Protestanten ihre Kirche. In 2022 waren es hingegen schon bis zum 15. Dezember rund 43.000, sodass insgesamt mit einem Anstieg um ein Drittel zu rechnen ist. Laut *dpa* ist die Tendenz deutschlandweit "ähnlich". (*Augsburger Allgemeine*, 24.12.22)

Anm. *MIZ-Red.:* Nebenbei ließ die Umfrage mit den Zahlen für 2021 einen weiteren interessanten Aufschluss zu: Die genannten fünf Großstädte repräsentieren mit zusammen rund 2,7 Millionen Einwohnern etwas mehr als ein Fünftel der bayerischen Bevölkerung, auf sie entfielen ziemlich genau ein Viertel der Austritte. Damit ist die Austrittsquote in Großstädten zwar geringfügig, aber keineswegs (mehr) signifikant höher als in Kleinstädten oder auf dem flachen Land.

(5716) **Memmingen.** Bei sexuellem Missbrauch von Kindern erhalten Priester nicht nur von Bischöfen gelegentlich Rückendeckung, sondern mitunter auch von staatlichen Gerichten eine besonders milde Behandlung. Ein heute 62-jähriger ehemaliger Internatsleiter des Mindelheimer Maristenkollegs war wegen diversen Sexualdelikten schon zweimal verurteilt worden, aber jeweils nur zu Bewährungsstrafen. Nun sah es das Amtsgericht Memmingen in einem weiteren Fall als erwiesen an, dass der Ordenspriester früher einen 13-Jährigen mehrmals sexuell missbraucht und einen 17-Jährigen sexuell genötigt hatte. Beides hatte der inzwischen ausgeschiedene Maristenfrater gestanden, sich aber zum schwerwiegendsten Tatvorwurf, der mehrfachen Vergewaltigung eines damals 15-Jährigen, nicht geäußert. In diesem Fall nahm das Gericht an, dass es sich bei dem Opfer um "Scheinerinnerungen" gehandelt haben könnte, während die Staatsanwaltschaft die Taten als erwiesen ansah und eine dreieinhalbjährige Haft forderte. Der betroffene Nebenkläger forderte überdies einen Austausch der kirchlichen Ansprechpartner für Missbrauchsoffer, weil sich gezeigt habe, dass die jetzigen den Maristen zu nahe stünden. Das Gericht verhängte schließlich - bei Wiederholungstätern äußerst ungewöhnlich - erneut nur eine Bewährungsstrafe, was fast alle Betroffenen geradezu als Hohn empfanden. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.1.23; *Augsburger Allgemeine*, 20. u. 21.1.23)

(5717) **Hannover.** Anlässlich des Jahrestags des Überfalls Russlands auf die Ukraine hat die *Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)* dazu aufgerufen, blaue Korn- und gelbe Sonnenblumen zu säen um damit den Frieden in der Ukraine herbeizuführen. Allerdings ist der *EKD*-Führung bewusst, dass dies allein nicht ausreicht. Ohne ein bisschen religiöses Brimborium und eine Portion Geschäftssinn geht es nicht: "Zu der bundesweiten Aktion gehört ein Gebet zum 1. Sonntag der Passionszeit, am 26. Februar 2023, sowie die Bitte um Spenden" - natürlich an die evangelische Kirche oder ihre Partner. (Newsletter der *EKD* vom 27.1.23).

(5718) **Berlin.** Auch in der Bundeshauptstadt verlieren die evangelische und die katholische Kirche immer mehr Mitglieder. Nun teilte die Berliner Senatsverwaltung für Justiz mit, dass allein zwischen Januar und September 2022 rund 18.000 Berlinerinnen und Berliner aus eine der beiden Kirchen ausgetreten sind, darunter knapp 9.500 aus der evangelischen. Diese hat nur noch eine halbe Millionen Mitglieder in der Hauptstadt, das katholische Bistum noch knapp 300.000. Der Gesamtanteil der Kirchenmitglieder an der Bevölkerung sank seit 2019 von gut 24 auf nur noch 20,5 Prozent zum Jahresende 2021, liegt aber inzwischen bei etwa 19 Prozent. (*rbb24 Inforadio*, 31.1.23; *MIZ*-Recherchen)

Anm. *MIZ*-Red.: Die jüngste Senatswahl in Berlin belegt allerdings, dass die Wahl einer sich als christlich bezeichnenden Partei auch für Konfessionsfreie nicht immer ein Tabu ist. Zwar verzeichnete die CDU bei Kirchgängern und Muslimen ein deutlich besseres Ergebnis, aber auch bei Konfessionsfreien lag sie noch vor SPD und Grünen.

(5719) **Essen.** Das Bistum Essen verzeichnet wesentlich mehr von sexualisierter Gewalt Betroffene und auch Täter als bisher bekannt. Das geht aus einer aktualisierten Studie hervor, die das Münchner *Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP)* in Kooperation mit dem Berliner *Institut für Bildung und Forschung* erstellte. Die bisherige aus dem Jahr 2018 ging von nur 60 beschuldigten Geistlichen und 85 Opfern aus. Jetzt verzeichnen die Ermittler mindestens 423 Fälle mit 201 Beschuldigten im Kirchendienst, darunter 129 Priester und 19 Ordensfrauen. Die genannten Ursachen sind nicht neu. Der Pfarrer als geweihter Mann werde idealisiert, so die Experten der Forschungsinstitute. Betroffene seien sozial ausgegrenzt und ihr Leid auch seitens der Gemeinde geleugnet worden. Bistumsverantwortliche hätten die Gemeinden oft im Unwissen gehalten. Selbst der aktuelle Bischof räumte ein: "Es wurde viel vertuscht, kleingeredet, durch Versetzungen und Lügen auch verheimlicht. Und es ist den Betroffenen unglaubliches Unrecht widerfahren." Der Generalvikar forderte überdies, die Glorifizierung des Ruhrbistums zu beenden, das immer wegen seiner angeblichen Bodenständigkeit idealisiert worden sei. (*KNA*, 14.2.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Die Studie unterscheidet sich in Vielem nicht von denen anderer Bistümer, aber sie wird hier besonders erwähnt, weil sie dokumentiert, in welchem Umfang immer neue Sexualdelikte von Klerikern ans Tageslicht kommen. Nach heutigem Stand ist davon auszugehen, dass auch in Deutschland nicht fünf, sondern - wie in anderen katholischen Ländern auch - wenigstens sieben Prozent aller Priester Sexualstraftäter waren.

(5720) **München.** Die Stadt München musste die schwerreichen "Armen Schulschwestern" per Verordnung zu einer sozialeren Wohnbaupolitik zwingen. Der Orden plante rund um sein ehemaliges Kloster den Bau von über 50 Luxuswohnungen, die er in Giesing zu Höchstpreisen hätte vermarkten können. Nun müssen die Schwestern 40 Prozent davon als geförderte Sozialwohnungen anbieten - auch gegen den Widerstand von CSU, Freien Wählern und FDP. (*Süddeutsche Zeitung*, 16.2.23)

(5721) **Augsburg.** Die Zahl der Kirchenaustritte hat offenbar auch in den ersten beiden Monaten des neuen Jahres kaum abgenommen. Die Zwischenstände in Augsburg, München und Nürnberg legen jedenfalls nahe, dass der Rekord des Jahres 2022 nicht ganz erreicht werden dürfte, aber der zweithöchste jemals erreichte Wert zu erwarten ist. Bereits im zweiten Halbjahr 2022 war es zu einem ganz geringen Abschwung gekommen. (Recherchen der *MIZ*-Redaktion)

Großbritannien

(5722) **London.** Die Labour-Partei in Großbritannien will im Falle eines (nach aktuellen Umfragen sehr wahrscheinlichen) Wahlsiegs 2025 eine Verfassungsreform in die Wege leiten und das altherwürdige Oberhaus abschaffen. Oppositionsführer Starmer nannte die Kammer nicht mehr zeitgemäß. Die Labour-Pläne sehen demnach vor, das House of Lords durch eine gewählte Parlamentskammer zu ersetzen.

Derzeit besteht das Oberhaus - eine der beiden Parlamentskammern in London - aus politischen Mandatsträgern, Adligen mit vererbtem Titel und Bischöfen der Kirche von England. Da die zweite Kammer "kleiner, repräsentativer und demokratischer" sein soll, ist eine Streichung der angestammten Sitze für Adlige und die anglikanische Kirche vorgesehen.

Prompt protestierten die 26 Bischöfe und Erzbischöfe der englischen Staatskirche *Church of England*, deren Sitz im Parlament an ihr geistliches Amt gebunden ist, gegen ihre Entmachtung im Staatsapparat. Das Vereinigte Königreich ist unter den westlichen Demokratien das einzige Land, das Vertretern religiöser Gruppen automatisch Sitze in der Legislative einräumt. 2021 ergab eine Umfrage, dass die meisten Briten der Meinung sind, die Bischofsbank im Oberhaus solle abgeschafft werden. "Die Bischofsbank hat keinen Platz in einer modernen Demokratie – schon gar nicht in einem weitgehend nicht-religiösen und religiös vielfältigen Land, in dem die Christen heute in der Minderheit sind", erklärte die *National Secular Society*. "Der Widerstand der Bischöfe gegen die Pläne für eine demokratischere zweite Kammer zeigt, wie selbstsüchtig die *Lords Spiritual* sind." Nach den Plänen der Labour-Partei ist es indes kaum vorstellbar, dass die Bischofsbank Teil der Legislative bleiben könnte, denn "sie ist eine der archaischesten, undemokratischsten und am wenigsten legitimierten Gruppierungen im Oberhaus." (*BBC*, 4.12.22; *Tagesschau*, 5.12.22; *Humanistischer Pressedienst*, 11.1.23)

(5723) **London.** Laut dem jüngsten Zensus sank der Anteil der Christen in Großbritannien binnen eines Jahrzehnts von 59 auf 46 Prozent. Acht Millionen gaben sogar ausdrücklich "no religion" an. Sie stellen damit in England die zweitgrößte, in Wales sogar die größte weltanschauliche Gruppe. Polly Toynbee, Chefkometatorin des *Guardian* und gleichzeitig auch Vizepräsidentin der *Humanists UK*, geht von einer weitaus höheren Zahl von tatsächlichen Atheisten aus, da sich viele als "Kulturchristen" definieren, ohne auch nur den geringsten religiösen Glauben zu haben. (*Guardian*, 24.12.22)

(5724) **London.** Nach kontroverser Debatte hat die Generalsynode der anglikanischen Kirche beschlossen an der traditionellen Ehe von Mann und Frau festzuhalten. Um sexuell anders Orientierte nicht zu verlieren, sollen sie auf andere Weise willkommen geheißen werden. Die Abstimmung fiel knapp aus, denn 177 von 399 stimmten gegen diesen Kompromiss, der ihnen teils zu weit, teils nicht weit genug ging. (KNA, 9.2.23)

Griechenland

(5725) **Athen.** Der prominente griechische Schriftsteller, Kirchenkritiker und Politiker Petros Tatsopoulos wurde festgenommen, nachdem er auf einer Veranstaltung der Buchhandlung *Free Thinking Zone* zum Thema Religion und Erziehung gesprochen hatte. Grund war eine Klage des Fernsehmoderators Kambouris, der auch Kandidat der rechtspopulistischen Partei *Elliniki Lysi* (Griechische Lösung) ist, wegen angeblicher Verleumdung, Beleidigung seines Glaubens und Verletzung seiner Religionsfreiheit. Nachdem Kambouris bei einem Klosterbesuch behauptet hatte, Schutzpatron Ephraim habe ein Wunder vollbracht, das ihm nach einem Schlaganfall 2020 das Leben gerettet habe, merkte Tatsopoulos nämlich an, Kambouris nutze den weitverbreiteten Wunderglauben aus um Wählergunst zu gewinnen. Nach Intervention der Staatsanwaltschaft wurde Tatsopoulos wieder aus der Haft entlassen. (*Ekathimerini*, 31.1.23)

Niederlande

(5726) **Haarlem.** 19 niederländische Frauen zwischen 62 und 91 Jahren beschuldigen einen Orden, sie hätten jahrelang in Klöstern Zwangsarbeit leisten müssen und seien „in industriellem Ausmaß“ missbraucht worden. Der Rechtsstreit vor dem Bezirksgericht Haarlem betrifft etwa 15.000 niederländische Mädchen im Teenageralter, die von 1951 bis 1979 in diversen Klöstern im ganzen Land von den "Schwestern vom Guten Hirten" beaufsichtigt wurden. Die Klägerinnen sagten aus, dass sie als „gestörte Teenager“ vom Orden aufgenommen wurden und oft stundenlang an sechs Tagen in der Woche arbeiten mussten, um Stoffe zu nähen, die mit Gewinn verkauft wurden, in Wäschereien zu schuften oder zu bügeln. „Der Orden ist verantwortlich für die Verletzung eines der grundlegendsten Menschenrechte, die wir kennen: das Verbot von Zwangsarbeit oder Arbeitszwang“, sagte ihre Anwältin Liesbeth Zegveld. „Angeblich tat der 'Orden des Guten Hirten' der Gesellschaft, der Regierung und den Mädchen einen Gefallen, indem er den so genannten 'gefallenen Frauen' ein Zuhause gab. In Wirklichkeit sperrte er Hunderte von Frauen ein und zwang sie zur Arbeit“, so Zegveld. Sechs Frauen sagten am Freitag aus. Eine von ihnen erklärte den Richtern, sie sei zu einem „Roboter geworden, der jede Anweisung der Ordensfrauen befolgt und Tag für Tag ohne Pause arbeitet“. „Wenn ich sterbe und in der Hölle lande, werde ich keine Angst haben, denn ich war bereits in der Hölle“, sagte eine andere Frau. Die Anwälte der Klägerinnen erklärten in den Gerichtsunterlagen, ihre Klientinnen gehörten zu „Tausenden von jungen Frauen in verschiedenen Ländern, die durch den Orden schwer missbraucht wurden, indem sie Zwangsarbeit in industriellem Ausmaß verrichten mussten“. Die Anwälte des Ordens wiesen die Anschuldigungen zurück und argumentierten, dass die Methode der Ordensfrauen „außerhalb des Kontextes der damaligen Zeit gesehen wird“. „Es war keine Rede von physischer oder psychischer Misshandlung, nur weil man sie zur Arbeit aufforderte“, meinte eine ihrer Anwältinnen, da Arbeit damals als vernünftige Methode der Rehabilitation angesehen wurde. Und "keine der Klägerinnen hat individuell bewiesen, wie sie missbraucht wurde“, sagte sie den

Richtern. Außerdem sei die Klage in jedem Fall ungültig, da sie außerhalb der Verjährungsfrist von fünf und 20 Jahren für bestimmte zivilrechtliche Ansprüche liege. Ein Urteil wird für Mitte April erwartet. (*Vatican News*, 18.2.23)

Österreich

(5727) **Wien.** Auch in Österreich hat die Zahl der Kirchenaustritte ein neues Rekordhoch erreicht. 90.808 Personen haben laut der vorläufigen Kirchenstatistik 2022 die katholische Kirche verlassen. Das waren 4.848 mehr als beim bisherigen Höchststand 2010 und 18.586 mehr als 2021. Die Zahl der Katholiken schrumpfte gegenüber dem Vorjahr von 4,83 Mio. auf 4,73 Mio. .Da die (vorläufig errechnete) Bevölkerungszahl von 8,93 auf 8,98 Millionen stieg, fiel demnach der Katholikenanteil von 54,1 auf 52,6 Prozent. Noch stärker geht allerdings seit Jahren die Zahl der Priester zurück, die allein in 2021 um 2,9 Prozent sank. Hauptgrund ist hier die starke Überalterung des Klerus und das geringe Interesse der jungen Generation an geistlichen Berufen. Nach der österreichischen Jugendstudie von 2020 glauben selbst unter den getauften und als christlich eingestuften Jugendlichen nur 30 Prozent an "Gott oder etwas Göttliches". (*Austria Presse Agentur*, 11.1.23) Bei den drei evangelischen Kirchen (Augsburger und Helvetisches Bekenntnis sowie methodistisch) lag der Prozentsatz der Austritte mit 2,2 sogar noch höher als bei den Katholiken. Ihnen gehören nur noch 265.127 Personen an (2,9% der Bevölkerung). Gegenüber dem Vorjahr ist das ein Schwund von rund 7.000 Mitgliedern, davon sind rund 6000 durch Kirchenaustritte verursacht. Bemerkenswert ist dieser Schwund umso mehr, als die Evangelischen in Österreich 2022 keine größeren Affären produziert haben - anders als die Katholiken. Dies bestätigt die europaweite Beobachtung von Religionssoziologen, dass die Kirchen auch ohne Skandale an Anziehungskraft verlieren. (*Humanistischer Pressedienst*, 31.1.23)

Portugal

(5728) **Lissabon.** Nach einer Welle der Empörung haben die Organisatoren des katholischen Weltjugendtags, der vom 1. bis 6. August in Lissabon stattfinden soll, die Kosten für die Altarbühne deutlich gesenkt. Das Konstrukt soll nun nicht mehr fünf Millionen Euro kosten. Laut Bürgermeister Moedas wird das (von der Kommune finanzierte) Budget auf 2,9 Millionen gekürzt.

Dies ist allerdings bei weitem nicht die einzige öffentliche Subvention. Noch vor einigen Monaten waren 36,5 Millionen Euro Staatszuschuss vorgesehen. Insgesamt belaufen sich die Kosten für den Weltjugendtag Schätzungen zufolge auf etwa 160 Millionen Euro, die sich Kirche, Regierung und Kommunen teilen wollen. Zuletzt ist in Portugal aber eine Debatte über die Finanzierung entbrannt. Säkular gesinnte Politiker fragten, warum sich der Staat überhaupt an den Kosten einer religiösen Gruppe beteiligt.

Nun soll der staatliche Anteil auf 30 Millionen reduziert werden, was den Präsidenten der Weltjugendtags-Stiftung, Weihbischof Aguiar aus Lissabon, zu der Aussage veranlasste "Ich gestehe auch, dass mich die Zahl [30 Millionen Euro vom Staat] schmerzt". Er stimmte schließlich aber den Kostensenkungsplänen zu. (*KNA*, 30.1.23; *Heinrichsblatt*, 19.2.23)

Anm.: *MIZ*-Red.: In Portugal sind rund 85 Prozent katholisch getauft, doch nimmt auch hier der Anteil junger Menschen zu, der sich von Religion abwendet. In einer Umfrage von 2020 erklärten nur mehr 47 Prozent, dass Religion für sie wichtig sei. Formell gibt es seit der republikanischen Revolution 1910 eine Trennung von Staat und Kirche, doch sicherte sich die katholische Kirche durch Konkordate zahlreiche Privilegien. Ob sie Religion in den Schulen anbieten darf, ist strittig; ein offizielles

staatliches Fach ist es jedoch nicht. Nach dem Sturz der Salazar-Diktatur wurde 1976 der Laizismus in die Verfassung aufgenommen. Wie die aktuelle Diskussion zeigt, ist er aber noch nicht in der Realität angekommen.

(5729) **Lissabon.** Erstmals fand in Portugals katholischer Kirche eine Missbrauchs-Untersuchung durch eine angeblich unabhängige Kommission statt. Das Ergebnis: 512 validierte Zeugenaussagen, eine Mindestzahl von 4.815 Opfern in 70 Jahren und ein Durchschnittsalter von 11,2 Jahren bei von Missbrauch Betroffenen. Heute ist immerhin noch ein Fünftel der Opfer unter 40 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 52 Jahren. In 27 Prozent aller Fälle hat der Missbrauch länger als ein Jahr gedauert. Einige Fälle haben "epidemische Ausmaße" erreicht, heißt es in dem Bericht.

Der Vorsitzende der Kommission räumte bei der Vorstellung des Abschlussberichts ein, dass es massive Hinweise auf einen weit größeren Opferkreis insbesondere zwischen 1960 und 1990 gibt. Ganze 25 Missbrauchsfälle wurden der Staatsanwaltschaft übermittelt, nur vier Prozent der Opfer haben jemals Anzeige erstattet. Viele von ihnen hatten sich aber nach eigener Aussage von der Kirche als Institution und von der religiösen Praxis entfernt und erwarteten eine „Entschuldigung“. Nur noch ein Viertel bezeichnete sich als praktizierend katholisch. Unter den Betroffenen gab es mindestens sieben bestätigte Fälle von Suizid. Die Zahl der Sexualverbrecher wurde nicht genannt, aber eine Liste mit den Namen aller mutmaßlichen Täter, die noch als Geistliche aktiv sind, wird bis Ende des Monats der Kirche und den Behörden übergeben. Die Bischofskonferenz Portugals will sich zeitnah treffen, die bisher angebotene finanzielle Entschädigung wurde von Opfern und ihren Sprechern empört zurückgewiesen. (*ecclesia.pt* [Organ der portugiesischen Bischofskonferenz], 13.2.23; *Vatican News*, 14.2.23)

Schweiz

(5730) **Chur.** Bischof Bonnemain von Chur erwägt die Wiederbelebung des Exorzismus in seinem Bistum. Der letzte Priester, der diese Funktion ausübte, war 2020 gestorben. Im vergangenen November hatte der Bischof, der auch Arzt ist, die Ansicht vertreten, dass es sich "bei vielen Fällen" um psychologisches Unbehagen und nicht um eine dämonische Besessenheit handle. Nun erinnerte er aber auch an die "Bedeutung von Ritualen für die Menschen", womit er auf das Ritual der Teufelsaustreibung anspielte. (Interview mit *Radio Svizzera Italiana*, 16.1.23; *cath.ch*, 17.1.23)

Slowenien

(5731) **Ljubljana.** Die katholische Kirche Sloweniens möchte ihren Einfluss auf die Staatsführung verstärken. Dazu trafen alle acht Bischöfe des Landes den Regierungschef und Vorsitzenden der grün-liberalen „Freiheitsbewegung“ Robert Golob zu einem Meinungsaustausch "über aktuelle Themen". Vorrangig ging es um die Staat-Kirche-Beziehungen und das bevorstehende 30-Jahr-Jubiläum der Slowenischen Bischofskonferenz, das einen säkularen Staat eigentlich gar nichts angeht. Was konkret besprochen wurde, blieb zunächst geheim, doch gaben Kirche und Regierung nach dem Treffen gleichlautende Pressemitteilungen heraus. Golob betonte demnach die Bedeutung des regelmäßigen Dialogs mit den Kirchenvertretern.

Erst kurz vor Weihnachten war Sloweniens Regierungschef vom Papst in Audienz empfangen worden und hatte das Wirken der slowenischen Kirche für die

Gesellschaft des Landes gelobt. Damals wurde vereinbart, „die Zusammenarbeit auf Feldern auszubauen, die von beiderseitigem Interesse sind“. (*kathpress*, 12.1.23)

Spanien

(5732) **Madrid.** Kurz vor Jahresende 2022 traten vier neue spanische Verfassungsrichter ihr Amt an. Nach neun Jahren hat das Verfassungsgericht damit zum ersten Mal wieder eine „progressive“ Mehrheit, die der regierenden Linken zuneigt. Jetzt gehören dem Gericht sieben „progressive“ und vier konservative Richter an; eine Stelle ist noch vakant. Zugleich wächst der Anteil der Frauen. In den mehr als 40 Jahren seines Bestehens gab es in Spanien bisher nur elf Verfassungsrichterninnen, niemals waren es mehr als zwei auf einmal. Künftig sind es fünf. Die neue Mehrheit wird mindestens bis zum Ende des Jahrzehnts bestehen, wenn regulär die nächsten Richter bestimmt werden.

Die neue Zusammensetzung des Gerichts wird sich auf wichtige Urteile auswirken. Das Verfassungsgericht muss unter anderem über Klagen gegen das Abtreibungsrecht - siehe die folgende Meldung - und die neuen Gesetze zur Sterbehilfe und der Schulreform entscheiden. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9.1.23)

(5733) **Madrid.** Das spanische Parlament hat mit 185 Ja- gegen 154 Nein-Stimmen ein neues Abtreibungsgesetz beschlossen. Anlass gab die Bestätigung des 2010 unter der Regierung von José Luis Zapatero verabschiedeten Gesetzes über Abtreibung mit einer Fristenregelung bis zur 14. Schwangerschaftswoche durch das spanische Verfassungsgericht. Es wies die schon damals von der konservativen Volkspartei eingelegte Berufung und einen zwischenzeitlich vorgeschlagenen Gesetzesentwurf zurück. Damit war der Weg frei für die endgültige Beschlussfassung des neuen Abtreibungsgesetzes. Dessen Eckpunkte sind unter anderem die garantierte Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen an öffentlichen Spitälern und die Aufhebung einer bisher notwendigen Genehmigung der Eltern bei Abtreibungen von Müttern im Alter von 16 und 17 Jahren. Ärzte dürfen aus Gewissensgründen die Mitwirkung an Schwangerschaftsabbrüchen verweigern. Mit dem Gesetz werden die reproduktiven Rechte auf alle „schwangerschaftsfähigen Transsexuellen“ ausgedehnt - somit auch auf Personen, die ihr Geschlecht geändert, aber ihre weiblichen Geschlechtsorgane behalten haben. Zu weiteren Maßnahmen zählt eine Arbeitsbefreiung bei Menstruationsstörungen.

Die katholische Kirche organisierte nach der Annahme zusammen mit kleinen Religionsgemeinschaften Kundgebungen und Protestresolutionen, die am Ergebnis allerdings nichts änderten. (*kathpress*, 16.2.23)

Ukraine

(5734) **Kiew.** Die der Ukraine treue "Orthodoxe Kirche der Ukraine" hat im Oktober 2021 ihren Diözesen ganz offiziell erlaubt, das Weihnachtsfest aus politischen Gründen vom 6./7. Januar auf den 25. Dezember zu verlegen, denn auch hier soll nichts mehr an die Tradition der Russisch-Orthodoxen Kirche erinnern. Die dem Moskauer Patriarchat nahestehende "Ukrainisch-Orthodoxe Kirche", die sich nach Kriegsbeginn zwar von der russischen Mutterkirche losgesagt hatte, aber immer noch als kremltreu gilt, will weiterhin an der Terminierung der Ostkirchen festhalten. (*Süddeutsche Zeitung*, 5.1.23)

Anm. MIZ-Red.: Zu allem Überfluss gibt es auch noch die bereits 1596 entstandene "Ukrainisch-katholische Kirche", die zwar weitgehend die traditionelle Liturgie der Orthodoxen beibehalten hat, aber den Papst als religiöses Oberhaupt anerkennt. Ihr

gehören gut eine Million Ukrainer (8 %) an. Da sie sich aber am gregorianischen und nicht am julianischen Kalender orientiert, fiel für sie das Weihnachtsfest schon von Anfang an auf den weltweit üblichen Termin.

Vatikan

(5735) **Vatikanstadt.** Der Vatikan hat der Einrichtung eines „Synodalen Rates“ in der deutschen Kirche eine definitive Absage erteilt. In einer Antwort auf Anfrage mehrerer Bischöfe stellte der Heilige Stuhl klar, „dass weder der Synodale Weg noch ein von ihm eingesetztes Organ noch eine Bischofskonferenz die Kompetenz haben, den ‚Synodalen Rat‘ auf nationaler, diözesaner oder pfarrlicher Ebene einzurichten“. Daher können Bischöfe auch nicht verpflichtet werden, an solchen unverbindlichen Treffen wie dem Synodalen Weg überhaupt teilzunehmen.

Der Papst hatte das Schreiben „in forma specifica“ gebilligt und seine Übermittlung angeordnet. Darin wird auch an ein Schreiben vom 21. Juli 2022 erinnert, dass der Synodale Weg „nicht befugt“ sei, „die Bischöfe und die Gläubigen zur Annahme neuer Formen der Leitung und neuer Ausrichtungen der Lehre und der Moral zu verpflichten“. Kommentatoren innerhalb wie außerhalb der Kirche waren sich angesichts der ungewöhnlichen Deutlichkeit einig, dass damit die Reformbemühungen eines Teils der deutschen Katholiken endgültig gescheitert sind. (*Vatican News*, 25.1.23; *Augsburger Allgemeine*, 25.1.23)

(5736) **Vatikanstadt.** Der Heilige Stuhl hält es für notwendig, dass auch für den Vatikan selbst ein Missbrauchsbeauftragter ernannt wird, der darüber wacht, dass den Kindern und Jugendlichen im Zentrum der katholischen Kirche nicht allzu viel passiert. Neuer Referent für den Schutz von Minderjährigen im Vatikan ist Luigi Sabbarese, italienischer Chef des Skalabriner-Ordens, dem Spötter nachsagen, er sei der einzige Orden, in dem noch keine Missbräuche bekanntgeworden seien, weil er so klein sei. Der 60-Jährige ist auch Gerichtsvikar am Kirchlichen Gerichtshof der Vatikanstadt. Er hat die Aufgabe, die „Leitlinien zum Schutz von Minderjährigen und schutzbedürftigen Personen für das Vikariat der Vatikanstadt“ umzusetzen. Dazu gehören auch Schulungen für Mitarbeiter, damit - so der Vatikan wörtlich - „die Gemeinschaft innerhalb des Vikariats stets die Rechte und Bedürfnisse von Minderjährigen achtet und darauf achtet, jede Form von Gewalt oder Missbrauch zu verhindern“. Von einer speziellen Schulung der dort amtierenden Bischöfe und Kardinäle war allerdings nicht die Rede. (*Vatican News*, 9.2.23)

Nordamerika

Kanada

(5737) **Ottawa.** Kanada wird immer säkularer. In einer groß angelegten Volksbefragung 2021 gaben 34,6 Prozent der Personen an, keiner Religion anzugehören oder eine säkulare Weltanschauung zu vertreten. In dieser Gruppe sind Atheisten, Agnostiker und andere Säkulare zusammengefasst. Ihr Anteil hat sich damit innerhalb von 20 Jahren mehr als verdoppelt, damals betrug er noch 16,5 Prozent. Dagegen schrumpft die Quote der Christen stetig zusammen. Nur wenig mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53,3 Prozent) hängt noch einer christlichen Konfession an. 2011 waren es 67,3 Prozent; 2001 sogar 77,1 Prozent.

Als Hauptursache für den stetigen Anstieg vermuten die Autorinnen und Autoren der Studie, dass Personen sich im Verlauf des Lebens von ihrer früheren religiösen Überzeugung hin zu einer säkularen Weltanschauung entwickelt haben. Andere

Faktoren, etwa die Zunahme der Zahl von Kindern unter zehn Jahren ohne Religionszugehörigkeit, hätten eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Der Rückgang religiöser Überzeugungen in der kanadischen Gesellschaft spiegelt sich nach Angabe der Studienautoren auch in den Ergebnissen einer anderen, kürzlich veröffentlichten Studie, nach denen religiöse oder spirituelle Überzeugungen für immer weniger Kanadier im Leben von Bedeutung sind. 2003 war dies noch bei 71 Prozent der Fall, 2019 nur noch 54 Prozent. (*The Daily*, 26.10.22; *Humanistischer Pressedienst*, 22.12.22)

Vereinigte Staaten

(5738) **Chicago.** Die Corona-Pandemie hat bei US-Christen den Trend zum Fernbleiben vom Gottesdienst beschleunigt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage des *American Enterprise Institute* und des Sozialforschungs-Instituts der Universität von Chicago.

2022 sagte ein Drittel der Befragten, Kirchenbesuche gehörten nicht mehr zu ihrem Alltag. Vor Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 gab das erst ein Viertel an. Die zeitweisen Schließungen von Gotteshäusern wegen der Infektionsgefahr hätten Menschen, die schon zuvor nur lose Bindungen zu ihren Gemeinden hatten, dazu bewegt, sich endgültig vom Gottesdienst zu verabschieden, sagte Dan Cox, einer der Autoren der Studie. Vor allem liberale und junge Amerikaner bleiben seit der Pandemie den Gotteshäusern fern, so der Befund nach Auswertung von fast 10.000 Befragten.

Keine Unterschiede beim persönlichen Gottesdienstbesuch vor und nach der Pandemie verzeichneten hingegen die Kirchen weißer Evangelikaler und die Kirche der „Heiligen der Letzten Tage“ (Mormonen). Unter weißen Katholiken gaben hingegen nur drei von zehn Befragten an, sie seien 2022 genauso häufig zur Messe gegangen wie vor der Pandemie. (*KNA*, 7.1.23)

(5739) **Clearwater.** David Miscavige, Nachfolger des *Scientology*-Gründers Ron Hubbard, ist seit Monaten unauffindbar. Daher versuchten ihm Zivilgerichte in Florida und Kalifornien sowie Mitarbeiter einer Anwaltskanzlei bislang an zehn verschiedenen vergeblich wichtige Dokumente zu übergeben, die für Anklagen wegen Kindesentführung, Kinderhandels und Kindesmissbrauchs von Bedeutung sind. Kläger sind drei ehemalige *Scientology*-Mitglieder, die bereits als kleine Kinder zu der Organisation kamen und von ihr nach eigenen Angaben aufs Schlimmste ausgenutzt wurden.

Das Abtauchen des 62-jährigen Chefs fällt in eine Zeit, in der die Vorwürfe gegen *Scientology* immer heftiger werden, die Vereinigung aber offenbar kaum mehr darauf reagiert, während sie früher offensiv und mitunter sogar aggressiv gekontert hatte. Prominente Ex-Mitglieder erinnerten daran, dass Miscaviges Frau seit knapp 20 Jahren verschwunden ist, ohne dass es von ihr überhaupt ein Lebenszeichen gäbe. (*Süddeutsche Zeitung*, 2.2.23)

(5740) **San Diego.** Wegen rund 400 Missbrauchsklagen droht nun auch der kalifornischen Diözese San Diego der Konkurs. Ein Bistumssprecher sagte, es seien voraussichtlich 550 Millionen Dollar nötig, um die Fälle außergerichtlich beizulegen. Der Grund für die Klagewelle: Seit 2019 sind in Kalifornien Verjährungsfristen bei sexuellem Kindesmissbrauch weitgehend abgeschafft. Die aktuellen Klagen beziehen sich ausschließlich auf Vergehen, die 50 bis 75 Jahre zurückliegen. Klagen wegen jüngerer Fälle kommen noch auf das Bistum zu. (*Heinrichsblatt*, 19.2.23)

Asien

Indien

(5741) **Dispur.** Der Bundesstaat Assam kämpft neuerdings für die Abschaffung von Kinderehen. Die regionale Polizei hatte in einer Razzia Anfang Februar rund 3000 Menschen festgenommen, die Kinderehen in dem Bundesstaat geschlossen hatten, darunter auch hinduistische und muslimische Geistliche. Betroffen sind hauptsächlich Mädchen, die mit meist deutlich älteren Männern zwangsverheiratet werden. Nach Daten des Kinderhilfswerks *Unicef* lebt ein Drittel der weltweit 650 Millionen Kinderbräute in Indien.

In Assam ist laut einer Untersuchung indischer Behörden bei 31 Prozent der Eheschließungen die Braut nicht im gesetzlichen Mindestalter für Hochzeiten, das Indiens Regierung Ende 2021 unabhängig von Religions- und Kastenzugehörigkeit auf 21 Jahre heraufgesetzt hatte. Indiens Oberstes Gericht hatte 2017 in einem richtungweisenden Urteil Sex mit einer minderjährigen Ehefrau als Vergewaltigung eingestuft.

Plötzlich begrüßten auch die verschiedenen Religionsgemeinschaften das Vorgehen gegen die Verheiratung Minderjähriger, auch Hindu-Führer und muslimische Imame. Auf die Nachfrage, warum sie bisher nichts gegen beteiligte Kleriker in den eigenen Reihen unternommen haben, blieben sie eine Antwort schuldig. (KNA, 14.2.23)

Iran

(5742) **Teheran/Hamburg.** Das Ayatollah-Regime unterhält in Hamburg nach den Erkenntnissen des Inlandsgeheimdiensts offenbar seit längerem eine als Moschee getarnte Spionagezentrale. Das *Islamische Zentrum Hamburg*, zu dem die "Blaue Moschee" gehört, wird demnach als iranischer Außenposten und Financier von Terroraktionen eingestuft. Dies wurde allerdings erst nach dem umstrittenen Todesurteil gegen den Deutsch-Iraner Jamshid Sharmahd breit publiziert. Das Zentrum wehrt sich vor Gericht gegen diese Bewertung und beklagt, es sei Objekt "haltloser Vorwürfe" geworden. Exil-Iraner weisen indes darauf hin, dass das Zentrum radikale theologische Positionen vertrete und von Mitarbeitern eine systematische Beobachtung und Kontrolle von Dissidenten ausgehe. (*Süddeutsche Zeitung*, 22.2.23)

Anm. *MIZ*-Red.: Dass der Arm der iranischen Sittenpolizei bis in deutsche Standesämter reicht (vgl. *Augsburger Allgemeine*, 11.2.23), liegt allerdings auch an den hiesigen Behörden. Es ist unbegreiflich, dass Iranerinnen für eine Eheschließung hierzulande die Heiraterlaubnis ihres Vaters benötigen.

Israel

(5743) **Tel Aviv.** Nur drei Wochen nach Bildung der neuen rechtskonservativ-ultrareligiösen Regierung hat das Oberste Gericht den Innen- und Gesundheitsminister Arye Deri für amtsuntauglich erklärt. Der umstrittene Chef der ultraorthodoxen Schas-Partei gilt als enger Vertrauter von Premier Nethanjahu. Das mit zehn zu eins Stimmen gefällte Urteil wird mit der kriminellen Vergangenheit von Deri begründet. Bereits 2000 war er wegen Betrugs und Bestechlichkeit zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Rückkehr in die Politik geriet er schnell wieder mit dem Gesetz in Konflikt. Anfang 2022 erreichten seine Anwälte angesichts eines gravierenden Falls von Steuerhinterziehung einen Deal: Statt erneut ins Gefängnis zu wandern, erhielt er nur eine Bewährungsstrafe wegen seines Versprechens sich aus der Politik zurückzuziehen. Dass er gegen diese Zusage schon wenige Monate später verstieß, führte nun zu dem Urteil. Die Regierungskoalition reagierte zunächst solidarisch mit Deri und strebt eine Einschränkung der Befugnisse des Obersten Gerichts an. Inzwischen schied Deri aber aus dem Amt aus - vorerst. (*Süddeutsche Zeitung*, 20.1.23)

(5744) **Jerusalem.** Die Soziologin Eva Illouz, Professorin an der Hebräischen Universität von Jerusalem, hält das Aufkommen der religiösen Fundamentalisten für die Hauptursache des Übergangs von der Staatsform der Demokratie zur religiösen Diktatur. "Die religiösen Zionisten vertreten nicht einfach andere Positionen, sie wollen den 'regime change'. Sie attackieren die humanistischen Grundwerte, verachten das Völkerrecht, wollen die Gewaltenteilung aushebeln. ... Es gibt in Israel heute zwei Lager - und die sind eben nicht mehr rechts und links, sondern bestehen aus einer gemäßigten Rechten und der extremen, der messianischen Rechten. Und dann gibt es noch die Ultraorthodoxen, die Strenggläubigen, die großen Einfluss ausüben. Auch sie werden immer nationalistischer." Zum Vergleich mit dem Orban-Regime meinte sie: "Das illiberale Ungarn ist nichts im Vergleich zu dem, was jetzt in Israel passiert. In Budapest regieren keine religiösen Extremisten. ... Einige dieser [jüdischen Extremisten] wollen einen *Halacha*-Staat einführen, das bedeutet, es zählen nur noch die religiösen Gesetze des Judentums." (*Der Spiegel*, 11.2.23)

Malaysia

(5745) **Kuala Lumpur.** Selbst eingefleischten Muslimen geht der Einfluss von Moscheegemeinden in Malaysia zu weit. Sultan Ibrahim Ismail von Johor, gleichzeitig immerhin auch Vorsitzender des Islamischen Religionsrats im Staat, hat dazu aufgerufen, Politik aus Moscheen und religiösen Einrichtungen herauszuhalten. Hintergrund sei angeblich, dass einige Parteien religiöse Initiativen nutzen, um ihre Positionen zu propagieren und bei Islamisten zu punkten. (Andere sehen dies umgekehrt: Islamistische Initiativen benutzen nahestehende Parteien um ihren politischen Einfluss auszubauen.)

Die Erklärung des Sultans erfolgte durch den Ausschuss für islamische religiöse Angelegenheiten in Johor. Der 38-jährige Prinz bekräftigte darin die Verpflichtung, alle öffentlichen Aktivitäten religiöser Art von den zuständigen Behörden genehmigen zu lassen und die Ausbildung des Personals zu überwachen, um Irrtümer oder Lehren, die nicht dem religiösen Bereich zuzuordnen sind, zu vermeiden. Mehrere malaysische Bundesstaaten sehen gesetzlich bereits solche oder ähnliche Verpflichtungen vor. Insbesondere traditionsreiche Parteien nutzten bisher religiöse Initiativen, um ihre Positionen zu festigen und Säkulare oder Andersgläubige zu diskreditieren. In Malaysia ist der Islam Staatsreligion, der aber nur 61 Prozent

angehören. Nach dem letzten Stand sind 1,2 Prozent religionslos. (*asianews*, 19.1.23)

Myanmar

(5746) **Naypydaw**. Die Militärdiktatur in Myanmar (früher: Burma) arbeitet verstärkt mit fanatischen buddhistischen Mönchen zusammen um die antimuslimische Stimmung im Lande anzuheizen. Eine besonders wichtige Rolle spielt dabei der 54-jährige Prediger Ashin Wiratu, der die Massenvertreibung von über 700.000 islamischen Rohingya ideologisch vorbereitet hatte. Unter anderem fordert er, muslimische Händler und Geschäftsleute zu boykottieren. Moscheen nennt er "feindliche Stützpunkte", Mischehen mit Muslimen greift er als "Verbrechen" an. Das US-Magazin *Time* nannte ihn schon 2013 das "Gesicht des buddhistischen Terrors". Nun hat ihm der Juntachef Min Aun Hlaing am militärischen Unabhängigkeitstag eine der höchsten Auszeichnungen des Staates verliehen "für herausragende Verdienste um das Wohl der Union von Myanmar". (*Süddeutsche Zeitung*, 5.1.23)

Pakistan

(5747) **Islamabad**. Das pakistanische Parlament hat das Gesetz gegen Blasphemie noch einmal deutlich verschärft. Das neue Strafgesetzbuch sieht für jeden, der Persönlichkeiten aus dem Umfeld des Propheten Mohammed beleidigt, eine Freiheitsstrafe von mindestens zehn Jahren vor. Auch sei eine Geldstrafe von einer Million Rupien vorgesehen. Menschenrechtsverteidiger äußerten bereits Besorgnis: „Wir brauchen Schutzmaßnahmen gegen Rechtsmissbrauch“, sagte der Präsident der Organisation *Voice for Justice*. Der Menschenrechtsaktivist Ashiknaz Khokhar kommentierte: „Je strenger das Gesetz und je härter die Strafe, desto gewalttätiger wird die Gesellschaft. Mit jeder neuen Novelle des Blasphemiegesetzes entfernen wir uns immer weiter von einer möglichen Kehrtwende und Hinwendung zu den allgemeinen Menschenrechten.“ (*asianews*, 24.1.23)

Türkei

(5748) **Istanbul**. Eine fast 20 Jahre zurückliegende Kinderheirat im konservativ-orthodoxen Milieu bringt die Regierungspartei AKP und Erdogan kurz vor den Wahlen in erhebliche Bedrängnis.

Eine heute 24-jährige Frau ging an die Öffentlichkeit und berichtete, dass sie mit sechs Jahren von ihrem Vater mit einem erwachsenen Ordensmann verheiratet wurde, der das Mädchen immer wieder missbrauchte und sich jetzt wegen Vergewaltigung einer Minderjährigen vor Gericht verantworten muss. Die AKP pflegte enge Beziehungen zu dieser ultrakonservativen *Ismail-Aga*-Gemeinde, deren Einfluss dank Erdogan nochmals erheblich zunahm.

Die Ehe mit der damals Minderjährigen war und ist nach staatlichem Recht in der Türkei ebenso wie die islamische Vielehe verboten. Sie war zunächst nach islamischem Recht und erst nach Volljährigkeit der Frau auch staatlich geschlossen worden.

Inzwischen hat der Prozess gegen den einstigen Ehemann und gegen die Eltern der "Braut" überraschend starken Wirbel in der türkischen Öffentlichkeit ausgelöst, der Staatschef Erdogan sichtlich unangenehm ist. (*Süddeutsche Zeitung*, 14.12.22 u. 6.2.23)

Ozeanien

Australien

(5749) **Rom/Melbourne.** Der umstrittene australische Kardinal Pell hat selbst nach seinem Tod noch für einen Skandal gesorgt. Vom Papst wurde er geradezu mit Lob überschüttet, weil er einer seiner engsten Berater war und zum Finanzchef des Vatikan aufstieg. In der Totenfeier ging der Pontifex überhaupt nicht auf die Karriere des Verstorbenen als ranghöchster Sexualstraftäter des australischen Klerus ein. Einen Monat zuvor bezeichnete ihn der Papst sogar noch als "großartigen Menschen", dem man viel Dank schulde.

Dann wurde bekannt, dass der Kardinal der Verfasser eines Schriftstücks war, das seit Monaten im Vatikan kursierte. Er kritisierte in dem Text die Amtszeit des Papstes wegen dessen Zickzack-Kurses als "Katastrophe". In einem weiteren Artikel, den Pell wenige Tage vor seinem Tod geschrieben haben soll und den das britische Magazin *The Spectator* veröffentlichte, verurteilte er auch die vom Papst zugelassene Diskussion über Themen wie die Kirchenlehre zur Sexualität und der Rolle von Frauen unter Einbeziehung katholischer Laien. (*Tagesschau*, 15.1.23)